

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung



Rückblick auf die Reichstagsession.

Wenn es darauf anlämt, dem Reichstage für die jetzt beendete Session ein Preisgegniß anzustellen, so könnte man ihm eine gute Note nicht verlagern. Zwar ließ der Besuch manchmal zu wünschen übrig; aber im Ganzen wurde das gestellte Bemühen doch wieder abgeloht. Es muß hervorgehoben werden, daß der Präsident Graf Waldfeyrer zu diesem Ergebnisse durch seine sachliche, unparteiische und thätigkeithafte Geschäftsleitung viel beigetragen hat.

Die Regierung hatte sich von vornherein mit neuen Entwürfen eingeschränkt, da sie mit Recht annahm, daß der Zolltarif einen großen Teil der verfügbaren Zeit in Anspruch nehmen werde. Immerhin wurden einige Gesetze von Bedeutung verabschiedet, so die Seeemannsordnung und die Beiträge für die Veteranen. Auch die Schamweinsteuer und das Sachstoffgesetz müssen in diesem Zusammenhange erwähnt werden. Beide sind allerdings wenig erfreulich, und noch unerfreulich war die Neueingelung des § 7 der Strafrechtsreform, durch den der fliegende Gerichtsstand der Presse zur Hälfte sanktioniert, zur Hälfte beibehalten wurde. Schließt man hieran noch die in einzelnen Bundesstaaten noch bestehenden des Diktaturparagraphen, so ist — abgesehen von der Neueingelung der Zuckersteuer in Verbindung mit der Bräufereikonvention sowie der Brauereisteuerverordnungen — so ziemlich alles aufgezählt, was an positiven Leistungen verzeichnet werden kann.

Während die Regierungsvorlagen bis auf einige minder wichtige oder doch nicht eilige Sache aufgearbeitet wurden, mußte von den Mitteln aus dem Haupte ein großer Teil zurückgehalten werden. Insbesondere sind auch hier einige Ergebnisse erzielt worden. Vor allem wurde der Antrag Rieker auf Schluß des Wahlgheimnisses wieder angenommen, eine Frage, die angeht, daß der nicht mehr fernem Neuwahlen besonders aktuell ist; indessen erweist es sich, daß die Wahlgheimnisse besser als bisher zu schätzen. Auch auf sozialpolitischen Gebieten war die freimüthige Beteiligung tätig, wie die Entschlüsse zur Arbeitslosenversicherung und zur Schaffung kommunaler Arbeitsnachweise beweisen, von denen wenigstens der erste im Reichstage eine Mehrheit fand.

Am eingehendsten wurde über den Toleranzantrag des Centrums verhandelt, der die religiöse Freiheit des Einzelnen sichern und Angehörigen in der Verbindung der Konfessionen, wie sie in einzelnen Bundesstaaten noch bestehen, befähigen soll. Wichtig eine solche Sache aus der Hand einer konfessionellen Partei, wie es das Centrum ist, eigentümlich liberalen Anschauungen nicht durchweg zur Geltung kamen, so mußte trotzdem der Antrag, als ein Fortschritt zur religiösen Selbstständigkeit, gerade bei der Kisten eine wohlwollende Aufnahme finden.

Die Geschäftsverhandlungen nahmen den üblichen breiten Raum ein; es gelang auch, das Defizit — wenn man beim Reich von einem solchen sprechen kann — nicht zu vermindern, doch zu vermindern. Aber die pièce de resistance der Session war der Zolltarif. In ihm gipfelt die legislative Thätigkeit des letzten Winters, und hier freilich zeigte sich die Arbeit als völlig unfruchtbar. Die Regierung glaubte, indem sie die Budgetsachen noch bestehen, der Reichstag, der Rechte von der Kisten, zu gefallen. Im Wirklichen verlor sie es mit beiden. Weder in den neun Tagen der ersten Sitzung im Reichstage, noch in den 63 Sitzungen der Zolltarifkommission sind sich die Parteien bisher einander näher gekommen.

Die Regierung selbst that alles Mögliche, um das Werk zu fördern. Die Kisten, die gegen den letzten Reichstagsentscheid der Wiener praktischen Kisten, um eine Tagung der Kommission auch während der Sommerpause zu ermöglichen.

Wenn sie gekocht hätte, dadurch den Widerspruch zu lösen, so sah sie sich getäuscht. Noch immer flast ein Abgrund nicht bloß zwischen Schutzgöllnern und Handelsvertragsfreunden, sondern auch zwischen Agrariern und Industriellen. Es ist nicht zu erwarten, daß er sich schließen wird. Jedenfalls ist das Zolltarifproblem die harte Nuß, die vom Reichstage im Winter geknackt werden muß. Von dem endlichen Ergebnisse wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht bloß die Haltung der Regierung bei den Neuwahlen, sondern auch die Reichspolitik der nächsten Jahre abhängig sein.

Die letzten Sitzungen brachten noch einen heftigen Kampf um Zucker und Branntwein. Die Agrarier hätten gern zu gern mit Hilfe des Branntweinvertrages ihre Interessen an Zucker abgeben und die Preise erhöht, aber sie stäubten sich gleichzeitig mit Händen und Füßen gegen die Bräufereikonvention, die den Zuckerring ein Ende machte. Graf Bälow indessen war früher aufgestanden als sie. Er hielt an einer gleichzeitigen Durchberathung der beiden gesetzgeberischen Maßnahmen fest. Und dank dieser Vorgänge gelang es ihm, beide Entwürfe zu sichern, wobei dann die Sacharrin als Opfergabe dargebracht wurde.

Die letzte Sitzung hat gezeigt, daß auch die agrarischen Kreise nicht in den Himmel wachen. Die Rede, an der sie sich diesmal hielten, war die Zuckerkonvention, also ein wirtschaftlicher Vertrag mit einer Reihe von ausländischen Staaten. Das ist ein gutes Omen. Es läßt hoffen, daß die Regierung, auch wo es sich um die Neueingelung unserer gesammelten Handelsbeziehungen zum Auslande handelt, den agrarischen Widerstand niederzwingen wird.

Wie man in politischen Kreisen vertritt, ist die Entsendung der beiden deutschen Kreuzer Pfeil und Gabel nach La Guayra (Venezuela) lediglich durch die dort ausgebrochene Revolution veranlaßt und bezweckt den Schutz der dortigen deutschen Staatsangehörigen. Mit den deutschen Reklamationen an Venezuela steht die Entsendung der Kreuzerflotte in keinem Zusammenhang. Sobald die Rufe in La Guayra wieder beruhigt sind, werden auch die deutschen Kreuzerflotte die venezolanischen Gewässer wieder verlassen.

Einem Berliner Freund, dem Generalmajor v. Kloben, Kommandeur der 61. Infanteriebrigade, ist vor dem 4. d. M. der Abschied bewilligt worden. Der genannte General, der den Feldzug 1870/71 im Alexander-Regiment mitmachte und 30 Jahre lang in den verschiedensten Stellungen dem Gardekorps, später auch der hiesigen Kavalleriebrigade als Kommandeur des Landwehrregiments II angehörte, hat eine brillante Karriere zurückgelegt. Am 10. Oktober ist das frühere Auscheiden dieses — wie wir uns nicht allzu sehr überzeugen konnten — keuschen und jugendlichen Generals, der bei 52 Lebensjahren jünger ist als eine große Zahl der Regimentskommandeure der Armee. General v. Kloben hat es verstanden, in allen seinen Stellungen unter voller Wahrung seines militärischen Charakters — der Bevölkerung seiner Garnisonen ein warmes Interesse zu schenken, so namentlich in Bielefeld, wo er nach seinem Scheiden als Freund der Stadt wiederholt von der Einwohnerschaft geehrt worden ist, aber auch in Breslau, Hannover und Straßburg. Es kam ihm dabei seine bemerkenswerthe Rednergabe, durch welche er seine Zuhörer hinhinzuweisen wußte, sehr zu Gute. Hier ist noch ein guter Erinnerungswort, daß er als Brigadekommandeur der unterstellten Offizieren des Beurlaubtenstandes fast alle militärisch-wissenschaftlichen Vorträge persönlich hielt. Weniger scheint es dem General gelungen zu sein, sich in letzter Zeit mit seinen Vorgesetzten gut zu stellen, was in seinem Interesse sehr zu beklagen ist, wenn auch Eingeweihte nicht gänzlich unbefriedigt finden wollen. Nach Ausweis des Krieges ist er jetzt General v. Kloben des kaiserlichen Reichs-Kommandeurs seiner (der 31.) Division seit dem Jahre 1900, in welchem sein Vorgänger

— ein gewiegter ehemaliger Generalstabschef — seinen Abschied nehmen mußte. Im Jahre 1901 mußte der Kommandeur der 31. Kavalleriebrigade, in diesem Jahre die Kommandeure der 61. und 62. Infanteriebrigade und der 31. Feldartilleriebrigade, also mit Ausnahme des neu ernannten Kommandeurs der 31. Kavalleriebrigade sämtliche Brigadekommandeure dieser Division ihren Abschied nehmen. Bei der anderen Division des 18. Armeekorps hatte nur 1 Brigadekommandeur den Abschied zu nehmen. Unter Hinzurechnung der vakant gewordenen Generalstellen des Kommandos des Leutnantskommandos von Hagenau und des dem 15. Armeekorps unterstellten Kommandos des Gebirgsartilleriekorps von Elsas-Lothringen sind in diesem Jahre 6 Generale bei diesem Armeekorps ausgeschieden. Diese Zahl ist nicht in bemerkenswerthen Gegenläufe zu dem Verhalten anderer Armeekorps, zum Beispiel mit dem des 6. und 16. Armeekorps, bei denen in diesem Jahre kein General den Abschied erhielt, wiewohl die Kommandeure dieser Korps keineswegs zu den besonders nachsichtigen zählten. Das Auscheiden des in weiten Kreisen der Armee und überall, wo er sonst bekannt ist, beliebten und geschätzten Generalmajors v. Kloben wird aufrichtig bedauert; bei seiner jugendlichen Thätigkeit hoffen wir, daß er mit dem Leben noch nicht abgeschlossen hat, sondern seine fernere Aufgabe in der Bewirtung seiner Ideale und Ansichten, die von liberaler Seite getragen sind, finden wird.

Der Unterstaatssekretär im Finanzministerium Wirtschaftlicher Oberfinanzrat Lehmann ist gestern Abend 9 Uhr hier gestorben. Der Verstorbene, der noch lebend in auswärtigen Wäldern als angesehener Nachfolger Platens genannt wurde, gehörte dem Finanzministerium als vortragendem Rath seit 1891 an. Im November vorigen Jahres war er an Stelle Leuberts zum Unterstaatssekretär ernannt worden. Bevor Herr Lehmann in das Finanzministerium berufen worden war, hatte er zehn Jahre lang der Eisenbahnverwaltung angehört, und zwar zuerst in Frankfurt a. M., dann als Direktor des Eisenbahnbezirks in Braunschweig. Seit zwei Jahren war er auch Präsident der Deutschen Hypothekbank.

Der Bund der Landwirthe giebt sich noch immer der süßen Hoffnung hin, daß der Reichskanzler in der Zolltarifvorlage schließlich umfällt. In einem „Interview“, das einer der Vorsitzenden des Bundes, Herr W. J. J. dem Berichterstatter der „Allg. Ztg.“ gewährt, sprach Herr W. J. J. seine Ansicht dahin aus, daß es eine Pflicht der Regierung sei, den Zolltarifvertrag einer Revision zu unterziehen. Graf Bälow könne sich als verfassungstreuer Mann dieser Pflicht nicht entziehen. Auf die Frage, ob nicht nach der Rede des Grafen Bälow im Abgeordnetenhaus jede Aussicht auf das Zustandekommen eines „Verständens“ Zolltarifs geschwunden sei, bemerkte Herr W. J. J.:

„Ich theile diese Hoffnung einwilen nicht. Es ist sehr natürlich, daß die Regierung auf eine solche der Mindestzölle für Getreide nicht einget.“

Nach den Erfahrungen, welche die Agrarier insofern mit der Bräufereikonvention gemacht haben, erscheint uns das gar nicht so selbstverständlich. Die Herren Landwirthe haben sich allmählig in einen Größenwahn eingelassen, der den thätigsten Verhältnissen längst nicht mehr entspricht.

Die österreichische Regierung hat jetzt im Reichsrath einen neuen Verfassungsentwurf eingebracht. Dazu führte Ministerpräsident Dr. v. Körber folgendes an: Die vorläufige Beschlagnahme ist befruchtlich sich nur auf Fälle, in denen es sich um den Schutz des monarchischen Prinzipiums, die Integrität des Staates, den Schutz des Gottesdienstes, die Freiheit der Rechtspflege und der guten Sitten handelt. Die Beschlagnahme erfolgt, sofern nicht alsbald ein strafgerichtliches Verfahren gegen die Schuldigen folgt.

Saisonabschluss in Wien.

(Von unserem Korrespondenten.) Wien, 11. Juni. Das Wiener Derby — Polnische Aristokratinnen. — Grafin Pinski. — Grafin Mier. — Das Gemälde des Malers Bernart. — Theaterabschluss. — Daubert-Bislet. — Colonne. — Wien im Sommer.

schon verfallen, sich hier noch blühen zu lassen. Das Derby war dieses Mal glänzend gelang. Das erste der Fürstin Baternia nicht zu Stande gebracht, das gelang dem Programm in der Zwischenzeit im Grundbedenken: die genannte Aristokratie wohnt ihren Aufmarsch. Es scheint, daß eine sehr wichtige Bedeutung ist, ob „Grafin“ oder „Hogart“ den Derbypreis gewinnt. Da waren sie alle, die Reichen, Großen und Berühmten, und man sah die herrlichsten Damentouilletten und feinsten „Jung“. Beim Derby dreht sich gewöhnlich die ganze Unterhaltung um den Turf. Er beverbricht das Gespräch ja auch sonst in vielen glanzvollen Salons. Dieses Mal gab es allerdings noch anderen prächtigen Stoff zur Konversation. Man hat nämlich die „Hogart“ der Gräfin Pinski genannt. Die Schwägerin des Statthalters von Galizien, die geliebte Gattin des Chefs der galizischen Abteilung im Ministerium des Inneren, hat im Pausse Pajarcia eine mehr als seltene Rolle gespielt. Die Schwägerin Pajarcia hat gegen gefällige Wechsel hoher Persönlichkeiten der Wiener Gesellschaft Schanden im Betrage von etwa dreihunderttausend Kronen gemacht. Die Frau ist sehr feinsinnig, weiß feinerer Kunst, als nur einigen Fremden den Gehör, diese Fremden haben die Gräfin Pinski. Die Pajarcia hatte mit den schlimmsten Geldgebern zu thun, mit jenen, die lieber gefällige Wechsel als Zahlung nehmen als rechte, weil sie unter diesen Umständen den Geldgebern am Bestenfalls die Stelle zuschreiben können. Es ist erwiesen, daß eine Schuld der Pajarcia dieser Art im Betrage von fünfzigtausend Kronen in zwei Jahren auf fünfzigtausend Kronen anwuchs. Und für die Gräfin Pinski nahm die Angelegenheit in dieser Weise außerordentlich an, da noch heute nicht gänzlich abgeklärt sind, obwohl die Wiener Aristokratie hunderttausend Gulden zusammenwarf, um diese einst so schöne und noch immer prächtige und elegante Blonche, die durch ihren eigentümlichen Sinn in viele langweilige Salons leben gebracht, still zu machen und ihr die Lebensbedingung nach Rom zu ermöglichen. Der Gerichtshof bezogte viel gute Mühsal. Es ist sich nicht vermindert, die Gräfin mitzutragen, aber die persönliche Art, die sie als Frau hat, zeigen. Er vermied es, die Angelegenheit zu fragen, was sie mit dem

erschwindelten Gelde angefangen hatte. Er vermied es, sich nach dem Namen der Geldgeber zu erkundigen, die mit ihren Pfunden so trefflich zu wuchern verstanden. Und er fällt schließlich ein mildes Urtheil. Die Pajarcia erhielt über zwei Jahre herber, und nahm die gnädige Strafe dankbar an. Besonders während war es, wie der Präsident die Gräfin Pinski während der Prozesse zu entlasten und zu entschuldigen bestrbt war. Schließlich fragte er den Anwalt der Gräfin, ob dieser ihr eine unehrenhafte Zeit austrage, und war schließlich betrieblig, als der Anwalt erklärte, er trage ihre eine solche Zeit nicht zu. Wahrscheinlich, es giebt noch nichtschöne Mitglieder in Österreich, und eine neuwählige, bederbere Literatur hat den Richter hinter Urtheil, wenn sie ihnen Verfolgungsbüch vorwirft!

Nach einer anderen polnische Aristokratin machte die letzte Zeit hier von sich reden. Das ist Gräfin Helena Mier, die ein schönes, von einem herrlichen Garten umgebenes Palais in der Niederterrasse um eine Million Gulden ankaufte, um es einem politischen Zweck zu widmen. Es löst in allen künftigen Tagen als Wohnung und Amtsgelände des polnischen Handelsministeriums dienen. Wahrscheinlich, wenn das Postgesetz der polnischen Regierung nimmer nicht im Parlamenten durch, so ist die oberwähnte Dame nicht leicht daran. Gräfin Helena Mier ist eine Dame, die sich trotz ihrer vierundsechzig Jahre viel Lebenslust bedauert hat. Sie nimmt an den Veranstaltungen der vornehmen Wiener Gesellschaft thätig Theil und labet während des Jahres die heitere Jugend der Aristokratie gern zu Gastmahlen in ihrer Salons. Auch sonst sind ihre viele humanitäre Tugenden nachgerühmt. Der alten die Wohlthätigkeit. Sie hat eine freiwillige Kammer für humanitäre Zwecke und ein Herz für die Bedürftigen. Es ist bekannt, daß sie ganzes großes Vermögen nach ihrem Tode wohltätigen Stiftungen zuwenden soll. Vor Jahren schon machte sie eine Millionenstiftung für Blindenbildung, die fromme polnische Aristokratie fürmte aber förmlich die Quas mit Wohlthätigkeiten, wie sie der Immoralität einen solchen Freizug geben konnte, und sie so schließlich die Stiftung gründet. Die Blinden aber sind schon, die sie vermehren sich auch ohne die Ansicht auf die polnische Million. Auch für Kunstwerke